

Brücken zum Neuanfang – Integration von Gefangenen mit Migrationshintergrund

Am 23.10.2023 fand in der Landesgeschäftsstelle der CDU NRW eine lebhafte Diskussion zur Integration und Resozialisierung von Gefangenen mit Migrationshintergrund statt.

Der Einladung des Landesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen in Nordrhein-Westfalen (LACDJ NRW) und des Landesfachausschusses Vielfalt und Integration der CDU NRW waren zahlreiche Gäste gefolgt, unter ihnen

Frau **Dr. Felor Badenberg**, parteilos,

Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Berlin und zuvor Vizepräsidentin des Bundesamtes für Verfassungsschutz,

Frau **Gonca Türkeli-Dehnert**, CDU,

seit Beginn dieser Legislaturperiode Staatssekretärin im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen und zuvor Staatssekretärin für Integration,

Herr Minister der Justiz **Dr. Benjamin Limbach**, Bündnis 90/Die Grünen.

Eingangs trat der Vorsitzende des LACDJ NRW, **Dr. Christian Burr**, dem zunehmenden Populismus entgegen. Pauschalisierende Parolen wie „Abschieben, und zwar sofort!“ oder „Wegsperrern, und zwar für immer!“ würden weder dem christlichen Menschenbild noch dem Auftrag des Grundgesetzes gerecht. Zudem stärke es die innere Sicherheit, wenn verurteilte Straftäter während der Verbüßung ihrer Strafe wieder an die Gesellschaft herangeführt werden. Misslinge die Integration von Gefangenen mit Migrationshintergrund sei auch ihre Resozialisierung gefährdet.

Der Vorsitzende des Landesfachausschusses Vielfalt und Integration der CDU NRW, **Saadettin Tüzün**, erläuterte, dass in Deutschland rund 47 % der Inhaftierten ausländischer Herkunft seien. Das stelle den Justizvollzug vor besondere Herausforderungen. Denn neben sprachlichen und kulturellen Unterschieden, die zu Missverständnissen und Spannungen führen können, bestehe auch das Risiko, dass sich ausländische Gefangene in der deutschen Gesellschaft nach ihrer Entlassung nicht integrieren können. Integrationsmaßnahmen in Justizvollzugsanstalten seien daher von großer Bedeutung.

Die Diskussion zeigte zahlreiche Facetten des Themas auf. Minister Limbach betonte die Bedeutung des Übergangsmanagements und der Fortbildung von Bediensteten. Senatorin Badenberg hob hervor, dass es wichtig sei, vermehrt auch Vollzugsbedienstete mit Migrationshintergrund einzustellen. Staatssekretärin Türkeli-Dehnert unterstrich, dass muslimische Seelsorgerinnen und Seelsorger auf dem Fundament des Grundgesetzes stehen müssten. Einig waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Bedeutung von Familie, Beruf und Religion als wichtige Bindeglieder der Gesellschaft und als Stütze sowohl bei der Resozialisierung als auch der Integration.